

Ansprechpartnertagung 2018 in Osnabrück Jurisprudenz im Wandel – Quo vadis?

Europäisierung des Rechts
Workshop Nr. 3
Clara Wander

I. EINLEITUNG.....	3
II. JUMIKO 2017.....	4
1. BETEILIGUNG DER LÄNDER IN EU-ANGELEGENHEITEN AUF DEM GEBIET DES STRAFRECHTS	4
2. DATENAUSTAUSCH IN DER EU BEI SICHERHEITSRELEVANTEN GEFANGENEN.....	5
A) DEUTSCHER GESETZESENTWURF.....	5
B) BETEILIGUNG DER LÄNDER	6
3. EUROPÄISCHE STAATSANWALTSCHAFT	6
III. RELEVANZ FÜR DIE JURISTISCHE AUSBILDUNG.....	7
IV. ENTWURF FÜR EINEN EINHEITLICHEN PRÜFUNGSKATALOG	8
V. JURASTUDIUM IM ALLGEMEINEN.....	8
A) MEHR ODER WENIGER EUROPARECHT IM STUDIUM?	9
B) SCHLÜSSELQUALIFIKATIONEN.....	9
VI. KRITIK AN EUROPA	10

I. Einleitung

Die Europäische Union spielt zweifelsfrei eine wesentliche Rolle in Deutschland. Doch es hat nicht nur durch beispielsweise die Abschaffung der Roaming-Gebühren einen großen Einfluss auf unser Leben. Auch wirkt sich Europa fundamental auf das Recht und die Hochschulpolitik des Bundes und der Länder aus. Die Union als einziger Weg in eine gemeinsame Zukunft ist im stetigen Wandel und muss immer stärker zusammenwachsen, um weiterhin Sicherheit zu gewähren. Dies erfordert auch wichtige Schritte und Veränderungen in der Justiz hierzulande. Dieser Wichtigkeit müssen sich alle Menschen bewusst sein, die Verantwortung in unserem Land tragen.

So spielte Europa etwa eine große Rolle auf der Frühjahrs- und Herbstkonferenz 2017 der Justizministerinnen und -minister. Beispielsweise sprach sich die JuMiKo auf der Herbstkonferenz des vergangenen Jahres dafür aus, dass die Belange der Justiz im Rahmen der Verhandlungen zum Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union berücksichtigt werden.¹ Dies zeigt auf, dass nicht nur spezifische Angelegenheiten des Rechts, sondern das gesamte Leben und alle Veränderungen innerhalb der Union, unsere Justiz beeinflussen.

Dieses Gutachten wird sich mit den europarechtlichen Aspekten der beiden JuMiKos in 2017 beschäftigen und untersuchen, inwieweit sich der Bundesverband Rechtswissenschaftlicher Fachschaften e.V.² diesbezüglich positionieren und Ideen anregen kann. Denn auch wir als Verein müssen zukunftsgerichtet denken und arbeiten, um weiterhin für eine verbesserte Justiz und Hochschulpolitik in Deutschland zu kämpfen.

¹https://jm.rlp.de/fileadmin/mjv/Jumiko/I.11_Beruecksichtigung_von_Justizbelangen_bei_Brexitverhandlungen_ohne_Abstimmungsergebnis.pdf (Stand: 09.02.2018).

² Im Folgenden: BRF.

II. JuMiKo 2017

Die 88. Konferenz der Justizministerinnen und -minister fand 2017 zweigeteilt im Frühjahr und Herbst in Rheinland-Pfalz statt.³ Ein zentraler Punkt der Konferenz im Herbst war wie bekannt das Schwerpunktbereichsstudium innerhalb des Jurastudiums.

Doch die Konferenz beschäftigte sich auch mit europarechtlichen Aspekten. So wurden Beschlüsse zu den Themen Beteiligung der Bundesländer in EU-Angelegenheiten bzgl. des Strafrechts, Verbesserung des Datenaustauschs und Unterstützung der Europäischen Staatsanwaltschaft gefasst.

Im Folgenden soll sich mit diesen Beschlüssen konkret auseinandergesetzt werden.

1. Beteiligung der Länder in EU-Angelegenheiten auf dem Gebiet des Strafrechts

Mit dem TOP II.4 beschloss die JuMiKo im Frühjahr, sich für die Beteiligung der Länder auf dem Gebiet des Strafrechts einzusetzen.⁴

Mit der Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union bzgl. Strafsachen wird sich schon länger intensiv auseinandergesetzt. So gibt es seit der Gemeinsamen Maßnahme des EU-Rates 98/428 JI das ‚Europäische Justizielle Netz in Strafsachen‘. Dessen Ziel ist es, die Bekämpfung schwerer Kriminalität zu verbessern, indem auf justizieller Ebene zusammengearbeitet wird und Unterstützung und Informationen zwischen den EU-Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt werden.⁵

Nun wird von der Konferenz der Justizministerinnen und -minister in dem oben genannten Beschluss gefordert, dass die deutschen Bundesländer in diesem Netz

³ <https://jm.rlp.de/de/themen/justizministerkonferenz-2017/> (Stand: 09.02.2018).

⁴ https://jm.rlp.de/fileadmin/mjv/Jumiko/Fruehjahrskonferenz_neu/II.4_Jahresbericht_2017_ueber_die_Beteiligung_der_Laender_in_EU-Angelegenheiten.pdf (Stand: 09.02.2018).

⁵ https://www.bundesjustizamt.de/DE/Themen/Gerichte_Behoerden/EJNS/EJN_node.html (Stand: 09.02.2018).

stärker eingebunden werden. Dies kann nicht nur den deutschen Föderalismus, sondern auch den Austausch konkreter und genauerer Informationen, fördern.

2. Datenaustausch in der EU bei sicherheitsrelevanten Gefangenen

Mit dem TOP II.9 beschloss die JuMiKo im Herbst, sich für den Datenaustausch in der EU bei sicherheitsrelevanten Gefangenen einzusetzen.

Dieser Austausch soll laut der Justizministerinnen und -minister zwischen Bund und Ländern innerhalb von Deutschland stattfinden, aber auch zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union.⁶

Auch die Politik fordert immer mehr ein verstärktes europaweites Netz für den Austausch von wichtigen Informationen. Besonders relevant und aktuell erscheint dies im Rahmen der internationalen Terrorbekämpfung.⁷

Mit der EU-Richtlinie 2016/680 legte das Europäische Parlament und der Rat fest, dass zum Schutz von natürlichen Personen eine Verarbeitung von personenbezogenen Daten zwischen den zuständigen Behörden der EU-Mitgliedstaaten ermöglicht werden soll.⁸

Diesbezüglich wurde auch die EU-Verordnung 2016/679 vom 27. April 2016 erlassen.⁹ Diese sogenannte „EU-Datenschutz-Grundverordnung“ wird ab dem 25. Mai 2018 unmittelbar geltendes Recht in allen EU-Mitgliedstaaten sein.¹⁰

a) Deutscher Gesetzesentwurf

Für die Umsetzung dieser Verordnung liegt seit November 2016 ein Gesetzesentwurf vom Bundesministerium des Inneren vor.

⁶https://jm.rlp.de/fileadmin/mjv/Jumiko/II.09_Verbesserung_Zusammenarbeit_sicherheitsrelevante_Gefangene_ohne_Abstimmungsergebnis.pdf (Stand: 09.02.2018).

⁷<https://www.n-tv.de/politik/De-Maiziere-will-Datenaustausch-verbessern-article17292991.html> (Stand: 09.02.2018).

⁸http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv%3AOJ.L_.2016.119.01.0089.01.DEU (Stand: 09.02.2018).

⁹<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A32016R0679> (Stand: 09.02.2018).

¹⁰https://www.datenschutz-grundverordnung.eu/wp-content/uploads/2016/12/161123_BDSG-neu-RefE_-2.-Ressortab-Verbaende-Laender.pdf, S. (Stand: 09.02.2018).

Dieser Entwurf sieht vor allem vor, das bereits bestehende Bundesdatenschutzgesetz¹¹ anzupassen.¹²

b) Beteiligung der Länder

In der vorgeschlagenen Neufassung des BDSG wird im ersten Absatz des § 18 das Verfahren festgelegt, wie die Aufsichtsbehörden des Bundes und der Länder zusammenarbeiten werden. So sollen sich der Bund und die Länder im Vorhinein austauschen, um dann einen gemeinsamen Standpunkt zu ermitteln, welcher an die anderen EU-Mitgliedstaaten für den Datenaustausch gegeben wird.¹³

3. Europäische Staatsanwaltschaft

Mit dem TOP II.17 beschloss die JuMiKo im Herbst, die Etablierung einer Europäischen Staatsanwaltschaft zu unterstützen.¹⁴

Am 08. Juni des vergangenen Jahres einigten sich die Justizministerinnen und -minister der Europäischen Union auf die Errichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft und im Rahmen dessen ebenfalls auf eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten. Diese Europäische Staatsanwaltschaft wird dazu befugt sein, solche Straftaten zu untersuchen und zu verfolgen, die den finanziellen Interessen der Union schaden.¹⁵ Dabei handelt es sich um Straftaten wie Betrug, Korruption und Geldwäsche.¹⁶ Die Europäische Staatsanwaltschaft soll folglich zu mehr Rechtssicherheit innerhalb der Union beitragen, vor allem im Bereich der Finanzen.

¹¹ Im Folgenden: BDSG.

¹² https://www.datenschutz-grundverordnung.eu/wp-content/uploads/2016/12/161123_BDSG-neu-RefE_-2.-Ressortab-Verbaende-Laender.pdf, S. (Stand: 09.02.2018).

¹³ Ibid, S. 20-21.

¹⁴ https://jm.rlp.de/fileadmin/mjv/Jumiko/II.17_Europaeische_Staatsanwaltschaft_ohne_Abstimmungsergebnis.pdf (Stand: 09.02.2018).

¹⁵ <http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2017/06/08/eppo/> (Stand: 09.02.2018).

¹⁶ <http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-10/luxemburg-europaeische-staatsanwaltschaft-eu-justizminister> (Stand: 09.02.2017).

Das Vorhaben, welches bereits im Art. 86 im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) normiert ist, soll 2020 in Luxemburg starten.¹⁷

Auch an dieser Stelle baten die Justizministerinnen und -minister Deutschlands darum, dass die Bundesländer eng an der Zusammenarbeit beteiligt werden und dass ihre Interessen auf „europäischer Ebene“ berücksichtigt werden.¹⁸

III. Relevanz für die juristische Ausbildung

Im Folgenden soll erarbeitet werden, wie wir Jurastudierende als Verein uns in den dargestellten europarechtlichen Fragen beteiligen können.

Dabei spielt die Frage nach der Wichtigkeit der angesprochenen Themen für die juristische Ausbildung eine zentrale Rolle.

- *Inwieweit haben die genannten Punkte Auswirkung auf die juristische Ausbildung?*

Ein dabei vor allem zu beachtender Aspekt ist das Referendariat. Während des Referendariats und des zweiten Staatsexamens spielt das Europarecht eine untergeordnete Rolle. Dennoch werden viele Jurastudierende nach ihrer Ausbildung in ihrem Berufsalltag viel mit der Europäischen Union und ihren Anforderungen an das nationale Recht zu tun haben. Genau diese Menschen werden mit den oben genannten Beschlüssen konfrontiert sein, wie beispielsweise mit der Europäischen Staatsanwaltschaft, die 2020 eingeführt werden soll.

- *Haben wir Verbesserungsvorschläge für das Referendariat?*

¹⁷ Ibid.

¹⁸ https://jm.rlp.de/fileadmin/mjv/Jumiko/II.17_Europaeische_Staatsanwaltschaft_ohne_Abstimmungsergebnis.pdf (Stand: 09.02.2018).

IV. Entwurf für einen einheitlichen Prüfungskatalog

Auf der JuMiKo im Herbst 2017 wurden außerdem Harmonisierungsmöglichkeiten für die juristischen Prüfungen untersucht. Eine wichtige Rolle bei dieser Untersuchung spielte auch das Europarecht. So finden sich im Bericht des Ausschusses der Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister zur Koordinierung der Juristenausbildung¹⁹ einige Vorschläge zum Umgang mit europarechtlichen Fragen im ersten und zweiten Staatsexamen.²⁰

Der KoA empfahl in seinem Bericht 2016, dass der Prüfungsstoff im Europarecht begrenzt werden sollte, u.a. auf die Entwicklung, Organe und Kompetenzen bzw. Handlungsformen der Europäischen Union, Rechtsquellen des Unionsrechts und die Grundfreiheiten. Außerdem sollten Bezüge zur Europäischen Menschenrechtskonvention Pflichtstoff sein. Die Nichtigkeitsklage hingegen solle aus dem Pflichtstoff gestrichen werden, so wie das Europäische Beihilfenrecht. Grund dafür sei deren fehlende Praxis- und Prüfungsrelevanz.²¹

Diese Empfehlungen stießen auf Kritik seitens einiger Fakultäten. Die genannten Themenfelder seien so relevant in der Praxis, dass sie im Prüfungsstoff nicht fehlen dürften. Jedoch hält der KoA an seinen Empfehlungen aus 2016 fest.²²

- *Wie stehen wir zu den Empfehlungen des KoA bzgl. des Europarechts in der juristischen Ausbildung? Gibt es Gegenentwürfe unsererseits?*

V. Jurastudium im Allgemeinen

An dieser Stelle soll diskutiert werden, ob die europarechtliche Ausbildung im Studium weiterhin gestärkt, oder in anderer Form ausgebaut werden soll.

¹⁹ Im Folgenden: KoA.

²⁰ https://www.justiz.nrw.de/JM/schwerpunkte/juristenausbildung/bericht_ausschuss/KOA-Bericht_November_2017.pdf (Stand: 13.02.2018).

²¹ Ibid, S. 60-61.

²² Ibid, S. 62.

Dass das Europarecht einen sehr wichtigen Aspekt im Jurastudium darstellt, brachte auch schon der BRF auf der BuFaTa in Mannheim 2013 zum Ausdruck.²³ Ein Vorschlag war damals beispielsweise, an allen deutschen Universitäten eine Einführung in das Internationale Privatrecht einzuführen, um frühzeitig ein Verständnis für grenzüberschreitende Rechtsbezüge herzustellen.²⁴

a) Mehr oder weniger Europarecht im Studium?

Trotzdem kann man durchaus diskutieren, ob das Europarecht eine immer stärker werdende Rolle im Jurastudium spielen sollte, zumal das Studium bereits jetzt eine sehr umfangreiche Stoffmenge mit sich bringt.

- *Sollte man das Studium entlasten und deshalb keinen großen Schwerpunkt auf das Europarecht legen?*

b) Schlüsselqualifikationen

Auf der anderen Seite spielt die Europäische Union eine fundamentale Rolle in Deutschland und somit auch in dessen Recht. Aus der Laufbahn von anstrebenden Akademikern ist die EU nicht wegzudenken. Alternativ, oder auch zusätzlich, zum Europarecht könnten spezielle Schlüsselqualifikationen dabei helfen, ein eher allgemeines und politisch geprägtes Verständnis für die Union und ihre Wichtigkeit zu entwickeln.

- *Könnten vermehrte Schlüsselqualifikationen und ähnliche Angebote dazu beitragen, das Verständnis für die EU und ein Bewusstsein bzgl. der Wichtigkeit der EU zu stärken?*

²³ Beschlussbuch der BuFaTa Mannheim 2013, VI. 1), <http://bundesfachschaft.de/wp-content/uploads/2013/12/Beschlüsse-2013.pdf>.

²⁴ Beschlussbuch der BuFaTa Mannheim 2013, VI. 2), <http://bundesfachschaft.de/wp-content/uploads/2013/12/Beschlüsse-2013.pdf>.

VI. Kritik an Europa

Abschließend soll noch auf die Tatsache eingegangen werden, dass die Europäische Union durchaus nicht perfekt ist und viele Verbesserungsmöglichkeiten birgt.

Als beispielhafter Kritikpunkt kann an dieser Stelle das Wahlsystem des Europäischen Parlaments angebracht werden.

Das Europäische Parlament wird alle fünf Jahre im demokratischen Wege von allen Unionsbürgerinnen und -bürgern gewählt.²⁵ Somit handelt es sich bei dem Parlament um die Vertretung aller Bürgerinnen und Bürger auf europäischer Ebene.

An diesem System gibt es vermehrt Kritik. Es wird zum Beispiel angebracht, dass die einzelnen Stimmen nicht den gleichen Wert haben. Dies rühre aus verschiedenen Problemfeldern, beispielsweise aus der unterschiedlichen Zahl der Parlamentssitze, welche von der Größe des EU-Mitgliedstaates abhängig ist, aus voneinander abweichenden Anforderungen an das Mindestalter der Wählerinnen und Wähler in den unterschiedlichen Ländern, oder aber aus der Sperrklausel, die es in manchen Mitgliedstaaten gibt und in manchen nicht.²⁶

- *Was sind unsere Kritikpunkte an der Europäischen Union?*
- *Was sind unsere Vorschläge an eine neue Regierung (falls wir sie bekommen lol #nogroko), die sie auf europäischer Ebene anbringen könnte?*

²⁵<http://www.europarl.europa.eu/germany/de/die-eu-und-ihre-stimme/die-europawahl-2019>, (Stand: 10.02.2018).

²⁶<https://www.euractiv.de/section/europawahlen-2014/news/eu-wahl-warum-die-stimmen-ungleichen-wert-haben/> (Stand: 10.02.2018).